

Quo Vadis, Die Linke?

Newsletter Nr. 11/2021

28.08.2021

www.quo-vadis-die-linke.de

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit diesem Newsletter melden wir uns nach einer längeren Sommerpause zurück. Dafür gibt es dringenden Anlass, denn mit der Sitzung des Bundestages am 25.08.2021 stehen wir nun vor der Situation, dass sich erstmalig in der Geschichte der PDS und der Partei Die LINKE eine Mehrzahl unserer Abgeordneten im Bundestag nicht mehr für ein klares NEIN bei militärischen Einsätzen der Bundeswehr im Ausland entscheiden wollten. Von den 69 Abgeordneten der Fraktion stimmten nur 7 mit Nein, während sich 43 enthielten, 5 diesem „robusten“ militärischen Einsatz sogar zustimmten. Weitere 14 Abgeordnete nahmen an der Abstimmung nicht teil. Eine gefährliche Zäsur, die weit über die Afghanistan-Frage hinaus geht.

Nicht verschweigen wollen wir, dass es aber der Parteivorstand war, der unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger bedrängte sich bei der Abstimmung im Bundestag zu enthalten. Wohl das Ergebnis eines Kompromisses. Gleichwohl ging von diesem Beschluss dann aber ein starker Druck auf die Mehrheit unserer Fraktionsmitglieder aus, die nach wie vor an friedenspolitischen Positionen festhalten möchten. Das ist schlecht. Erstens, weil eine solche Enthaltung in der Öffentlichkeit kaum verstanden wird. Zweitens und vor allem deshalb, weil dadurch der Eindruck entsteht, als habe die LINKE keine klaren Positionen in der Frage von Auslandseinsätzen der Bundeswehr mehr.

Nach wie vor hält sich auch das Gerücht, dass die Evakuierungsmaßnahmen (und mal unabhängig davon, dass diese bereits einen Tag später wieder beendet waren) an diesen Beschluss des Bundestages gekoppelt gewesen wären. Das ist aber falsch, denn der juristische Dienst des Auswärtigen Amtes hatte bereits vor der Abstimmung klar gelegt, dass es dafür kein neues Mandat des Bundestages bedurfte. Es ist somit klar, dass der Antrag der Bundesregierung an das Parlament nur eine einzige Funktion hatte: das Parlament für die verfehlte Afghanistan-Politik der letzten 20 Jahre erneut in Mithaftung zu nehmen, in dem es die militärische Logik deutscher Außenpolitik erneut bestätigt.

Unser Eindruck besteht darin, dass viele, die sich nun im Anschluss zu Wort melden, den Text dieses nun beschlossenen Antrags der Bundesregierung zum „Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte zur militärischen Evakuierung aus Afghanistan“ zudem gar nicht kennen. Wer ihn liest, dem wird aber klar, dass diese Evakuierungsaktion von vornherein nur auf eine kleine Gruppe des eigenen Personals reduziert werden sollte. Außerdem ergibt sich, dass dieser Einsatz der Bundeswehr weder räumlich, noch in der Anzahl einzusetzender Soldaten, beschränkt gewesen ist.

Explizit schloß er den „Einsatz militärischer Gewalt zur Durchsetzung des Auftrags“ mit ein.

Mit diesem Newsletter verlinken wir euch diesen Antrag. Ebenso die Stellungnahmen aus der Friedensbewegung, die unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger dazu aufforderten, bei einem klaren Nein zu solchen militärischen Einsätzen zu bleiben. Wir verweisen zudem zudem auf die Erklärung jener Genossinnen und Genossen, die im Bundestag entsprechend agierten. Außerdem auf eine Stellungnahme aus dem Bezirksvorstand Hamburg Mitte sowie eine weitere unseres Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten Mehmet Yildiz, die letzterer in den sozialen Medien veröffentlichte.

Nicht nur diese Ereignisse, vor allem die wachsende politische und militärische Eskalation gegenüber Russland und China, welche die Gefahr eines großen Krieges maßlos erhöhen, sind für uns Anlass sich nun mit diesen Fragen auf einer Diskussionsveranstaltung am 9. September gründlich zu beschäftigen. Zu dieser seid ihr herzlich eingeladen.

Direkt im Zusammenhang damit steht der Aufruf sich an den diesjährigen Aktionen der Friedensbewegung am Antikriegstag möglichst zahlreich zu beteiligen sowie auch weitere Aktivitäten der Friedensbewegung zu unterstützen.

Hinweisen möchten wir Euch zudem auf einen Antifaschistischen Stadtrundgang, den die Partei für den 12. September, dem Tag der Opfer des Faschismus, organisiert und der auch von Quo Vadis-Aktiven mit gestaltet wird.

Eure Quo Vadis Die Linke Orga-Gruppe

Ohne Frieden ist alles nichts!

»Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.« (Jean Jaurès)

**Donnerstag, 9. September 2021, um 19:00 Uhr, Alevitische Gemeinde,
Nobistor 33-35 (Nahe S-Bahn Reeperbahn)**

Am 8. Mai erinnerten wir uns an den Tag der Befreiung, am 22. Juni an den 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion. Deutlich wurde: die Regierenden in Deutschland mögen die Erinnerung an diese Daten nicht, weil die Eroberung fremder Länder, weil Militäreinsätze im Ausland, weil der Drang gen Osten auch heute zum festen Bestandteil deutscher Außenpolitik gehört.

Nichts wird gut in Afghanistan und anderswo, solange Krieg zu Frieden führen soll

Wir erinnern uns noch gut an die Worte des damaligen „Verteidigungsministers“ Peter Struck, demzufolge Deutschlands Freiheit „am Hindukusch verteidigt“ werden müsse. 20 Jahre ist es her, dass der Bundestag unter diesem Motto 2001 auf Antrag der SPD und der Grünen eine Beteiligung am Afghanistan-Krieg beschloss. „Terrorismus“ sollte bekämpft werden. Einzig die PDS stimmte gegen diesen Beschluss. Gemeinsam mit der Friedensbewegung wehren wir uns seitdem auch als LINKE gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan, gegen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr, die weder „den Terrorismus“ bekämpfen noch Menschenrechte schützen, sondern der Logik (eigener) geostrategischer Interessen folgen.

Bekämpft werden sollten die Taliban, aber am Ende dieses 20-jährigen Krieges sind sie stärker denn je. 20 Jahre waren Truppen aus NATO-Staaten in Afghanistan. 20 Jahre besetzten sie ein anderes Land. 20 Jahre paktierten sie dort mit korrupten Regimen, die sie selbst beförderten. 20 Jahre gaben sie an, den Menschen helfen zu wollen. Aber am Ende dieses Krieges geht es den Menschen in Afghanistan ökonomisch so schlecht, wie noch nie. Ist es da ein Wunder, dass die Taliban jetzt die politische Macht übernehmen, ohne dafür auch nur kämpfen zu müssen?

Die Bilanz dieses Krieges ist grausam. 200 000 Tote, vor allem aus der zivilen Bevölkerung Afghanistans, stehen in der Bilanz dieses Krieges, der alleine die USA ca.

4.000 Milliarden US-Dollar kostete, Deutschland viele weitere Milliarden Euro. Das Land ist zerstört. Minen verwandeln riesige Regionen in No-Go-Areale. Ungezählte Flüchtlinge sind erneut unterwegs.

Ist das ein besonderer Fehler, der sich so nun nur für Afghanistan zeigt? Nein! Die Ergebnisse der Kriege gegen den Irak, in Libyen, im Sudan, in vielen anderen Ländern und Regionen, sind keine anderen. Überall wo sich westliche Armeen in den letzten Jahrzehnten militärisch einmischten, gab es am Ende nur Zerstörung und hunderttausendfachen Tod.

Wer heute weiter eine solche Interventionspolitik propagiert oder fortgesetzt von „humanitären Einsätzen“ der Bundeswehr redet, hat offensichtlich andere Interessen als eine am Völkerrecht orientierte Politik. Die Interessen der deutschen Bevölkerung werden weder am Hindukusch noch im Indopazifik verteidigt.

Wie geht Friedenspolitik?

Die einzig vernünftige Konsequenz aus den Erfahrungen des letzten Jahrhunderts besteht darin, dass solche Militäreinsätze in anderen Ländern nirgendwo mehr stattfinden dürfen. Stattdessen muss es darum gehen, eine internationale Friedensordnung zu schaffen, wie sie beispielsweise der Generalsekretär der Vereinten Nationen fordert. Um das durchzusetzen müssen wir die Macht der Militaristen, müssen wir die Macht der großen Monopole, die an diesen Kriegen verdienen, auch bei uns brechen. Das geht nur mit Oppositionspolitik, die in Fragen des Friedens kompromisslos sein muss! Das geht gemeinsam mit der Friedensbewegung und außerparlamentarischen Bewegungen.

Wir müssen jetzt aber auch grundsätzliche Konsequenzen ziehen. Die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat, wie wir es im Wahlprogramm zur Bundestagswahl formuliert haben (S. 137), ist das

Bitte wenden.

Ohne Frieden ist alles nichts

»Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.«
(Jean Jaurès)

Diskussionsveranstaltung

Donnerstag, 9. September 2021 - 19 Uhr

Alevitische Gemeinde, Nobistor 33-35 (Nahe S Bahn Reeperbahn)

Nähere Infos zu der Veranstaltung findet ihr auf unserer Webseite:

[Infos zur Diskussionsveranstaltung am 9. September 2021](#)

Hier kannst du Dir auch unser Flugblatt downloaden, das unsere Argumente im Zusammenhang mit Afghanistan sowie der wachsenden Kriegsgefahr gegenüber Russland und China bündelt:

[Flugblatt downloaden](#)

Wir gestalten die Veranstaltung als Hybrid-Veranstaltung, an der also direkt vor Ort teilgenommen werden kann, wie auch digital.

Wer direkt vor Ort teilnehmen möchte, den bitten wir um eine kurze Anmeldung an die folgende Mail-Adresse:

info@quo-vadis-die-linke.de

Eine digitale Teilnahme ist wie folgt möglich:

Zoom-Meeting beitreten:

<https://us02web.zoom.us/j/81849129364?pwd=U0hLWHE5bEN6aW9IRIFoZGsvNGMrdz09>

Meeting-ID: 818 4912 9364

Kenncode: 363623

Weitere Daten, auch zur telefonischen Einwahl, findet ihr auf der Veranstaltungsankündigung auf unserer Webseite.



Zum Beschluss des Bundestages zum "Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte zur militärischen Evakuierung aus Afghanistan"

Stellungnahmen aus der Friedensbewegung

Stellungnahme vom 22.08.2021:

Der Antrag der Bundesregierung zum Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte zur militärischen Evakuierung aus Afghanistan setzt die Militarisierung der Politik fort, die in einem vorhersehbaren und von der Friedensbewegung vorhergesehenen Fiasko endete. Die Einhaltung des Völkerrechts muss unbedingte Basis aller Schritte sein, da andernfalls das Gesetz des Dschungels herrscht, das den Zerfall der internationalen Ordnung weiter forcieren würde ...

[Stellungnahme weiter lesen ...](#)

Stellungnahme vom 26.08.2021:

Die Mehrheit des Deutschen Bundestages hat eine militärische Evakuierung durch bewaffnete Kräfte auf Antrag der Bundesregierung nachträglich beschlossen. (...) Mit diesem über den 31. August hinausreichenden Beschluss sind weitere Eskalationsgefahren verbunden, die den Menschen in und um Afghanistan neue Risiken aufbürden. Mit ihrem Antrag hat die Bundesregierung den Bundestag mit in Haftung genommen.(...) Aus der Logik all dieser Anträge hätten wir uns ein klares Nein der Linken bei der Abstimmung über das neue Kriegsmandat gewünscht. ...

[Stellungnahme weiter lesen ...](#)

Stellungnahmen aus der Partei

Verantwortung gegen die Kriegspolitik unserer Regierung zu übernehmen, war in dieser medial aufgepeitschten Situation nicht leicht. Umso dankbarer sind wir unseren Genossinnen und Genossen **Sevim Dagdelen, Ulla Jelpke, Heike Hänsel, Andrej Konstantin Hunko, Žaklin Nastic, Andreas Wagner und Zeki Gökhan**, dass sie sich von ihrer klaren Anti-Kriegs-Haltung nicht haben abbringen lassen. Das verdient höchste Anerkennung und Respekt!

Nachfolgend ihre gemeinsame Erklärung:

„Darum stimmen wir mit Nein“ – Persönliche Erklärung zur Abstimmung über einen neuen Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr - Diplomatische Offensive für zivile Evakuierungen – Keine Fortsetzung der gescheiterten NATO-Intervention in Afghanistan

Die Bundesregierung ist mitverantwortlich für das Desaster des NATO-Kriegs in Afghanistan: Zehntausende getötete afghanische Zivilisten, Millionen Flüchtlinge, 59 tote Bundeswehrsoldaten und allein auf deutscher Seite 12,5 Milliarden Euro an Kriegskosten. Am Ende ließen Union und SPD auch noch die Ortskräfte und ihre Familien in Afghanistan im Stich, brachten damit tausende Menschen in Lebensgefahr, auch weil sie die zuletzt am 24. Juni 2021 in den Bundestag eingebrachte Forderung der Fraktion DIE LINKE nach einer schnellen, unbürokratischen Evakuierung der Ortskräfte parallel zum Abzug der Bundeswehr ablehnten, als diese noch wesentlich gefahrloser möglich war. (...)

[Stellungnahme weiter lesen ...](#)

Klar positioniert hat sich auch der friedenspolitische Sprecher unserer Hamburger Bürgerschaftsfraktion, **Mehmet Yildiz**. Er erklärte sich am 24.August:

JA zum FRIEDEN! - NEIN zum KRIEG und Bundeswehr Auslandseinsätzen!

Die jetzige Situation in Afghanistan macht eins deutlich: DIE LINKE darf nicht von ihrer klaren Friedensposition abweichen. In Afghanistan wird das Versagen der geostrategischen und imperialistischen Politik der USA und der NATO mehr als deutlich. Auf dem Rücken der Menschen in Afghanistan wurden seit den 1980er Jahren islamistische Terrorgruppen - die Mudschhedin und die Taliban - aufgebaut, um die Unterstützung der Sowjetunion in Afghanistan zu beenden. (...)

Nun einem weiteren Bundeswehreinsatz in Afghanistan zuzustimmen, hilft den Menschen nicht. (...) Alle Auslandseinsätze müssen sofort beendet werden. Statt Politik auf dem Rücken von Menschenleben zu machen müssen das Völkerrecht gestärkt, die UN demokratisiert und die NATO zugunsten eines gemeinsamen Sicherheitssystems unter Einbeziehung Russlands und Chinas aufgelöst werden. (...)

[Stellungnahme weiter lesen ...](#)

In die gleiche Richtung geht eine Stellungnahme des Bezirksvorstandes Die LINKE Hamburg Mitte vom 23.08.2021: Der Bezirksverband DIE LINKE Hamburg-Mitte fordert die Bundestagsabgeordneten der LINKEN auf, beim Antrag der Regierungskoalition zur Verlängerung des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan als Teil der weltweiten Friedenskräfte klar und deutlich geschlossen mit Nein zu stimmen. Neokolonialismus, NATO und militärische Logik sind endgültig gescheitert. Das einzige, dem DIE LINKE bzgl. der NATO zustimmen kann, sind ihre überfällige Auflösung sowie deutliche Schritte dorthin (...)

[Stellungnahme weiter lesen ...](#)

Weitere Erklärungen, darunter solche der Bundestagsabgeordneten Christine Buchholz und Alexander Neu, einen offenen Brief etlicher Hochschulprofessoren, darunter Norman Paech, wie auch eine Erklärung der Landesvorsitzenden Die LINKE Hessen, findet ihr hier:

[Weitere Stellungnahmen lesen ...](#)

Antrag der Bundesregierung an den Bundestag

Hier verlinken wir euch den Antrag, den die Bundesregierung an den Bundestag stellte:

[Antrag der Bundesregierung an den Bundestag](#)

Aufruf des Hamburger Forums zur diesjährigen Antikriegstagsdemonstration

Mittwoch, 1. September, 16 Uhr, Demonstration zum Antikriegstag:

Gegen Militarismus und Krieg!

Auftaktkundgebung: 16 Uhr, Gänsemarkt.

Die Demonstration startet um 16.30 Uhr.

Ab 17.30 Uhr als Abschluss: Ver.di-Kundgebung auf dem St.-Pauli-Fischmarkt.

Am 1. September 1939 begann mit dem Überfall des faschistischen Deutschland auf Polen der 2. Weltkrieg. Dieser Krieg brachte unendliches Leid über die Menschheit, er forderte weltweit über 55 Millionen Tote, Tausende Dörfer und Städte wurden zerstört.

In diesen Tagen ging der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr zu Ende, der unsere Lehre aus dem 2. Weltkrieg erneut bestätigt, dass Krieg kein Mittel der Politik sein darf. Der Afghanistankrieg der USA und ihrer Verbündeten kostete Hunderttausende Menschen das Leben,

das Land wurde destabilisiert und zerstört, eine sinnvolle gesellschaftliche Entwicklung wurde unmöglich gemacht. Hauptleidtragende ist die Bevölkerung des geschundenen Landes, aber auch 59 Bundeswehrsoldaten ließen ihr Leben, viele kehrten traumatisiert aus dem Krieg zurück. Am Ende des Einsatzes ist die Bilanz verheerend.

Doch Militär und etablierte Politik ziehen daraus die Lehre, noch stärker aufzurüsten, um den nächsten Krieg nicht mehr zu verlieren. Deutschland hat in den letzten Jahren seinen Militärhaushalt stark erhöht, er soll noch weiter steigen. Als neue Feinde werden Russland und China ausgemacht.

Dieser Militarisierung stellen wir uns entgegen! Wir fordern von der alten und der künftigen Bundesregierung:

- + Entspannungspolitik mit Russland und China
- + Senkung des Rüstungshaushalts
- + Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag
- + Verbot von Rüstungsexporten

[Flugblatt des Hamburger Forums downloaden](#)

[Plakat von ver.di und Hamburger Forum downloaden](#)



Antifaschistischer Stadtrundgang am „Tag der Opfer des Faschismus“ 2021

Sonntag, der 12.09.2021

Start: 14 Uhr, Mahnmal Untersuchungsgefängnis Holstenglacis, Nähe U-Bahn Messehallen,
Ausgang „Planten un Blumen“

Von DIE LINKE Hamburg und DIE LINKE Hamburg-Mitte



Am „Tag der Opfer des Faschismus“, der erste deutsche Gedenktag für alle Opfer und Widerstandskämpfer:innen des Naziregimes, werden mit dem Antifaschistischen Stadtrundgang in der Hamburger Innenstadt Orte des Widerstands, Orte der Opfer des Faschismus und Orte der faschistischen Gewaltverbrechen aufgesucht. Den „deutschen Kämpfern und antifaschistischen Helden ganz Europas“ gewidmet, soll der Gedenktag die „antifaschistische Einheit“ für ein neues Deutschland, für Demokratie und Frieden demonstrieren (Hauptausschuß

Opfer des Faschismus in Berlin 1945). Bis heute ist diese Entwicklungsperspektive hochaktuell zu realisieren. Deswegen wollen wir diskutieren, was wir aus der Geschichte lernen können, zur Bildung der Einheitsfront aller Antifaschist:innen, für das Wirken um den 8. Mai als Feiertag und zum Zurückdrängen aller extrem rechten Kräfte, auch der AfD aus dem Bundestag. Wir laden alle antifaschistisch Interessierten zum Stadtrundgang ein. Die Teilnahme ist kostenlos. Hinweis: Zu diesem Antifaschistischen Stadtrundgang wird es zum 1. September ebenfalls ein Flugblatt geben, das wir euch dann auf unserer Webseite verlinken.

Quo Vadis, Die Linke?

Web-Adresse und Impressum: www.quo-vadis-die-linke.de/impressum/

Wenn Du diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchtest,
dann kannst du dich auf unserer Webseite dafür austragen.
Gleiches gilt für Personen, die unseren Newsletter bestellen möchten:

www.quo-vadis-die-linke.de/newsletter-bestellen/